

Ohne Online-Rechte wird die Bekämpfung der Kinder-Pornografie scheitern

Erst Lügde, dann Bergisch-Gladbach und jetzt Münster. Wer derzeit die Nachrichten über die Bekämpfung der Kinderpornografie verfolgt, kann leicht den Eindruck gewinnen, in NRW gebe es besonders viele Täter, die zur Befriedigung ihrer sexuellen Lust kleine Kinder missbrauchen. Doch der Eindruck trügt. In anderen Bundesländern sieht es kein bisschen besser aus. Aber auch in NRW ist nach dem jetzt bekannt gewordenen Fall eines von einer beschaulichen Kleingartenanlage aus operierenden Pädophilen-Rings mit dem Aufdecken weiterer, spektakulärer Fälle zu rechnen. Mit hunderten von Opfern und einer bis dahin nicht für möglich gehaltenen Brutalität.

Das jetzt nach und nach immer mehr Missbrauchsfälle bekannt werden, hat viel damit zu tun, dass die Polizei

in NRW nach Lügde die Zahl der Ermittler, die zur Bekämpfung von Kinderpornographie eingesetzt sind, massiv ausge-

baut hat. Um das Vierfache in den Polizeibehörden vor Ort, um das Fünffache im LKA. Doch das alleine reicht nicht, um die

Schön, wieder aktiv an eurer Seite zu sein!



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wie ihr wisst, habe ich Anfang Februar einen Herzinfarkt erlitten. Alle, die diese plötzlich auftretende Krankheit selber schon einmal durchmachen mussten oder sie im Freundes- und Familienkreis erlebt haben, wissen, dass das eine sehr ernste Situation ist. Und dass man dem eigenen Körper Zeit geben muss, um sich von dieser schweren Krankheit zu erholen. Das war bei mir auch nicht anders. Deshalb habe ich mich in den letzten Monaten auf Anraten meiner Familie und meiner Ärzte voll und ganz darauf konzentriert, wieder gesund zu werden, und konnte in dieser Zeit die Arbeit der GdP nur aus der Ferne beobachten.

Jeder, der mich besser kennt, weiß, dass mir das nicht leicht gefallen ist, denn die GdP ist Teil meines Lebens. Umso mehr freue ich mich, dass ich jetzt meine Arbeit als Landesvorsitzender wieder aufnehmen kann.

Für mich ist Gewerkschaftsarbeit Teamarbeit. Deshalb möchte ich mich bei dieser Gelegenheit bei allen bedanken, die während meiner Abwesenheit die GdP und die Interessen unserer Mitglieder weiter nach vorn gebracht ha-

ben. Das gilt vor allem für meinen Stellvertreter Michael Maatz, der in den vergangenen Monaten maßgeblich dafür gesorgt hat, dass sich die GdP auch während meiner Abwesenheit unüberhörbar in die Diskussionen um die Innere Sicherheit und um die Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen eingeschaltet hat.

Und jetzt freue ich mich, endlich wieder an die Arbeit zu gehen!

Euer Michael Mertens
Landesvorsitzender der GdP



Ein Tabu bröckelt. Endlich!



Lange Zeit haben Politiker das Wort Vorratsdatenspeicherung in den Giftschrank gesperrt. Jeder, der auch nur ansatzweise die Frage gestellt hat, warum es faktisch ein Grundrecht auf Straffreiheit gibt, nur weil die Tat in der Anonymität des Internets vorbereitet und begangen wird, wurde als Verräter am Datenschutz gebrandmarkt. Seitdem die Polizei immer mehr Fälle von Kindesmissbrauch aufdeckt, beginnt dieses Tabu zu bröckeln. Endlich!

Datenschutz ist wichtig. In einer Demokratie ist er sogar unerlässlich. Aber endlich beginnen auch die Politiker zu begreifen, dass der Missbrauch von Kindern bei uns auch deshalb so erschreckende Dimensionen erreicht hat, weil die Anonymität des Internets den Tätern nahezu ideale Möglichkeiten bietet, sich der Strafverfolgung zu entziehen.

Wer in diesen Tagen Innenminister Herbert Reul, aber auch Bundeskanzlerin Angela Merkel oder der CDU-Bundesvorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer zugehört hat, kann erkennen, dass dieser Irrsinn geändert werden soll und die Polizei endlich Online-Rechte für die Verfolgung der Täter bekommen soll.

Noch stehen die Details der geplanten Gesetzesänderung nicht fest, aber dass die Politik nach Lügde, nach Bergisch-Gladbach und Münster noch einmal einen Rückzieher macht und erneut bei der Verhinderung von Kindesmissbrauch den Datenschutz höher bewertet als den Schutz der missbrauchten Kinder, ist unwahrscheinlich. Diese Kurskorrektur war mehr als überfällig! Ob die neuen Fahndungsmöglichkeiten, die die Polizei bei der Bekämpfung des Kindesmissbrauchs bekommen soll, am Ende Vorratsdatenspeicherung heißt, oder eine anderen Namen bekommt, ist zweitrangig. Hauptsache sie kommen endlich! Sie würden vielen missbrauchten Kindern unendliches Leid ersparen.

Michael Mertens
Landesvorsitzender

vielen, vor allem im Darknet operierenden Täter zu überführen. Denn Münster zeigt auch: Die bei den einzelnen Missbrauchsfällen sichergestellte Datenmenge steigt immer mehr. Alleine in Münster sind die Beamten auf 600 Terabyte an Missbrauchsfotos und -filmen gestoßen, die jetzt gesichtet und ausgewertet werden müssen, um weitere Opfer und weitere Täter zu identifizieren. Und Münster zeigt auch: Die Täter werden technisch immer versierter. In Münster hat der 27-jährige Haupttäter, ein IT-Experte, seine Missbrauchsbilder so gut verschlüsselt, dass die Polizei ein ganzes Jahr gebraucht hat, um eine erste, in einem früheren Missbrauchsfall bereits bei ihm sichergestellte Festplatte zu entschlüsseln. Unmittelbar nach Bekanntwerden des neuen Missbrauchsfalls hatte die GdP deshalb darauf hingewiesen, dass die Zahl der Opfer und der Tatbeteiligten noch deutlich höher sein dürfte, als das bislang bekannt ist. Und dass es der Polizei in NRW schon in naher Zeit gelingen wird, weitere große Netzwerke von Kinderschändern zu überführen.

Damit die Polizei die Täter aufspüren kann, braucht sie allerdings mehr Unterstützung von der Politik. In mehreren Interviews, unter anderem mit den Nachrichtensendern n-tv und WELT sowie gegenüber der Nachrichtenagentur dpa, hatte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz deshalb wiederholt gefordert, dass die Polizei endlich mehr Online-Rechte zur Verfolgung der Täter bekommt. Denn noch immer scheitern viele Verfahren daran, dass die Polizei zwar die IP-Adressen der Missbrauchstäter ermitteln kann, sie aber wegen der fehlenden Vorratsdatenspeicherung und der fehlenden Kooperationsbereitschaft vieler Telekommunikationsunternehmen keinem konkreten Täter zuordnen kann. Die Täter bleiben deshalb oft unentdeckt und können ihren Missbrauch unbeirrt fortsetzen. Das zeigen auch die Zahlen: Mehr als 60 000 Hinweise auf Kindesmissbrauch hat das BKA alleine im vergangenen Jahr aus dem Ausland erhalten, wo andere Datenschutz und Speichervorschriften gelten. Aber nur einen Bruchteil der Fälle konnten die Ermittler verfolgen, weil sie die mitgelieferten IP-Adressen wegen der fehlenden Vorratsdatenspeicherung keinem konkreten Anschluss in Deutschland zuordnen konnten. Die GdP fordert schon lange, dass diese Gesetzeslücke endlich geschlossen wird. Datenschutz darf nicht länger als Vorwand missbraucht werden, um die Täter ungeschoren davonkommen zu lassen.

Handlungsbedarf sieht die GdP aber auch bei der personellen und der technischen Ausstattung der Ermittlungsdienste zur Bekämpfung der Kinderpornografie. „Wir haben im vergangenen Jahr die Zahl der eingesetzten Ermittler deutlich erhöht. Ob das angesichts der jetzt bekanntwerdenden immer größeren Zahl von Missbrauchsfällen reicht, lässt sich jetzt noch nicht abschließend einschätzen“, betonte Maatz. „Aber einen massiven Handlungsbedarf gibt es in jedem Fall bei der Anwerbung von hochqualifizierten IT-Experten für die Polizei.“ Auch in Münster war es ein Tarifbeschäftigter, der als IT-Experte die Datei des Haupttäters geknackt hat. „Wir brauchen mehr solcher Experten. Und wir müssen ihnen endlich ein Einkommen zahlen, das ihnen ein Bleiben bei der Polizei ermöglicht. Mit Gehältern, die zum Teil bei einem Drittel ihres Marktwertes liegen, geht das nicht“, warnte Maatz. ■



Neue Gefahr durch Mischszenen

Im vergangenen Jahr hat der Verfassungsschutz in NRW 6032 politisch motivierte Straftaten registriert. Ein Rückgang um 3,3 Prozent. Normalerweise wäre das ein Zeichen der Entspannung. Als Innenminister Herbert Reul (CDU) Anfang Juni zusammen mit NRWs oberstem Verfassungsschützer Burkard Freier den Verfassungsschutzbericht für 2019 präsentiert hat, sprach er trotzdem von einer neuen, ernstesten Bedrohung für die Demokratie. Sorge bereitet Reul vor allem das Entstehen von neuen Mischszenen von Mitgliedern rechtsextremer Splitterparteien und Gruppen mit Anhängern von Verschwörungstheorien und sogenannten Wutbürgern, wie sie zuletzt bei den Corona-Demonstrationen zu beobachten waren. Ein Zusammenwirken unterschiedlicher politischer Strömungen, die auch der GdP Sorge bereiten.

„Da finden sich Hooligans, Rocker, Rechtsextremisten und Wutbürger. Aber auch ganz normale Leute, die sich Sorgen machen“, sagte Reul. Verantwortlich für diese neue Form der Radikalisierung macht Reul vor allem das Internet, mit dessen Hilfe sich obskure Theorien und Schuldzuweisungen rasend schnell verbreiten würden, ohne dass sie auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden. Diese Form der Radikalisierung könne sogar zu Terroranschlägen führen, warnte Reul und verwies auf das Beispiel des Attentäters von Hanau, der im Februar diesen Jahres in

einem Kiosk und in zwei Shisha-Bars wahllos neun Menschen erschossen hat. In einem nach der Tat gefundenen Pamphlet hatte der Täter angegeben, dass ihm durch den Feminismus das Recht auf Fortpflanzung genommen worden sei und hatte zur Vernichtung der Bevölkerung muslimischer Staaten und von Israel aufgerufen. Reul sagte dazu bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes, das Internet sei eine „Reifekammer für Terroristen“, „hier werden Extremisten zu Terroristen“.

Auch die GdP fordert schon seit längerer Zeit, dass die Verbreitung von Fremdenhass und Rassismus im Internet stärker bekämpft wird. Das kann aber nur gelingen, wenn der Gesetzgeber der Polizei endlich die Instrumente an die Hand gibt, die sie braucht, um die Urheber von Hassmails im Internet ausfindig und haftbar machen zu können. Hier gelten nach wie vor die gleichen rechtlichen Hürden, wie sie bei der Verfolgung von Kindesmissbrauch bestehen.

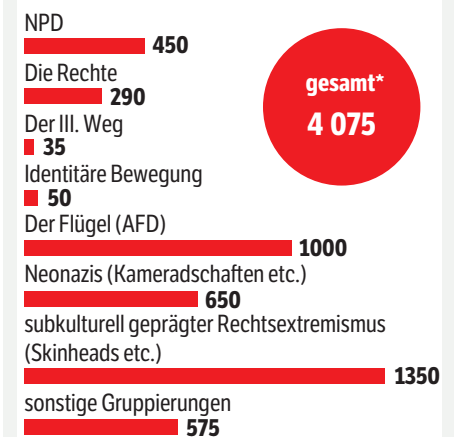
Weitere Schwerpunkte des Verfassungsschutzberichtes sind wie in den Vorjahren erneut die Aktivitäten linksextremistischer und islamistischer Gruppierungen. Bei den von Linksextremisten begangenen Straftaten gab es im vergangenen Jahr einen Rückgang von 447 auf nur noch 200 Fälle, vor allem wegen des Rückgangs der Auseinandersetzungen im Hambacher Forst. Im Bereich des radikalen Islamismus geht der

Verfassungsschutz aktuell von 3200 als Gefährder eingestuftem Salafisten aus. Das sind noch einmal 100 gewaltbereite Extremisten mehr als 2018. ■

Gefährliches Potential

Nach Beobachtung des Verfassungsschutzes gibt es in NRW mehr als 4 000 Anhänger rechtsextremer Parteien und Gruppierungen. Das sind 700 Rechtsextremisten mehr als im Jahr zuvor. Hinzu kommen noch einmal 3 200 Personen, die der Reichsbürger-Szene nahe stehen.

Mitglieder und Anhänger rechtsextremer Parteien und Gruppierungen in NRW



* ohne Doppelmitgliedschaften
Quelle: Verfassungsschutzbericht NRW 2019



SEK seit 1974

In unserer letzten Ausgabe haben wir über den tragischen Mord an dem SEK-Kollegen Simon Gudorf berichtet. Der erst 28 Jahre alte, aus Münster stammende Kollege, ist am 29. April beim Versuch, einen als Drogendealer verdächtigen Mann in einer Wohnung in Gelsenkirchen festzunehmen, erschossen worden. Er ist das erste SEK-Mitglied, das seit Gründung der Spezialeinsatzkommandos 1974 in NRW bei einem Einsatz sein Leben verloren hat. Irrtümlicherweise hieß es in der letzten Ausgabe des Landes-

journals, das Spezialeinsatzkommando sei vor 27 Jahren gegründet worden. Diesen Fehler bitten wir zu entschuldigen.

Nach dem Überfall palästinensischer Terroristen auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen 1972, wurden zwei Jahre später in NRW die ersten Sondereinsatzkommandos aufgestellt. In Dortmund, Düsseldorf und Köln gab es die ersten Spezialeinheiten und Mobilen Einsatzkommandos (MEK), in Bielefeld lediglich ein MEK. Anfang der 1990er Jahre folgte Münster. Innenminister Herbert Schnoor beauftragte 1993 die Direktion der Bereitschaftspolizei, im Standort Essen die Fortbildungsstel-

le für Spezialeinheiten (FSE) einzurichten. Inzwischen wurde das SEK in „Spezialeinsatzkommando“ umbenannt, weil die ursprüngliche Bezeichnung zu sehr an das Sondereinsatzkommando Eichmann, eine Sondereinheit der „Schutzstaffel“, erinnerte. 1998 wurden die Unterabteilungen der Spezialeinheiten in drei Kommandos eingeteilt: Seitdem sind sie in drei Gruppen des SEK, zwei Kommandos des MEK, eine Technische Einsatzgruppe (TEG) und eine Verhandlungsgruppe (VG) gegliedert. Zudem wurde ein zweiter Beamter des höheren Dienstes als Leiter der Führungsstelle in die jeweiligen Unterabteilungen aufgenommen. ■



Auftakt für einen langen, schwierigen Weg

Viele Bereiche des öffentlichen Dienstes sind schon lange nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Bezahlung ist zu schlecht, die Arbeitszeiten sind zu lang und es gibt kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Ohne nachhaltige strukturelle Verbesserungen wird es deshalb in den kommenden Jahren immer schwieriger, genügend gut qualifizierte junge Menschen für den öffentlichen

Dienst zu gewinnen. Das gilt auch für die Polizei.

Bereits im vergangenen Jahr hatten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes der schwarz-gelben Landesregierung deshalb bei den Gesprächen über die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten das Zugeständnis abgerungen, dass ein gemeinsames Konzept entwickelt wird, wie die Attraktivität des

öffentlichen Dienstes nachhaltig gestärkt werden kann. Trotzdem haben sich CDU und FDP mehr als ein Jahr Zeit gelassen, um Ende Mai endlich zu einer ersten Gesprächsrunde einzuladen.

Auch wenn bei dem ersten Treffen noch keine konkreten Er-

gebnisse vereinbart wurden, konnten die Gewerkschaften zumindest erreichen, dass gemeinsame Arbeitsgruppen eingerichtet werden, die für die verschiedenen Problemfelder konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten sollen. Themen der Arbeitsgruppen sind u. a. die überlangen Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst, die notwendigen strukturellen Verbesserungen bei der Beihilfe und der Ausbau der Telearbeit. Die Vertreter der Landesregierung machten bei dem Gespräch aber auch deutlich, dass sie wegen der Kosten der Corona-Krise in den nächsten Jahren beim Land keinen großen finanziellen Spielraum sehen würden.

Michael Maatz, der als einziger Vertreter der drei Polizeigewerkschaften an dem Spitzengespräch teilgenommen hat, sieht das anders. „Der Handlungsbedarf ist enorm, wenn der öffentliche Dienst eine Zukunft haben soll. Deshalb nutzt es nichts, wenn sich CDU und FDP hinter der Corona-Krise verstecken, sondern sie müssen die Probleme endlich angehen“, betonte er im Anschluss an die erste Gesprächsrunde. „Zudem wissen CDU und FDP, dass in zwei Jahren Landtagswahlen sind. Bis dahin müssen sie liefern“, ergänzte er. Trotzdem rechnet die GdP mit langwierigen, schwierigen Verhandlungen. ■



Foto: land.nrw

Coronakrise: LAFP überzeugt mit angepasstem Auswahlverfahren

Covid-19 schränkt viele Bereiche des öffentlichen Lebens ein und verändert auch die internen polizeilichen Abläufe. Um die Neueinstellungen der zukünftigen Kommissaranwärterinnen und -anwärter auch in diesem außergewöhnlichen Krisenjahr gewährleisten zu können, hat das Landesamt für Aus- und Fortbildung (LAFP) auf die Folgen des Coronavirus reagiert und innerhalb weniger Wochen ein sicheres und „coronagerechtes“ Auswahlverfahren entwickelt.

Noch nie gab es so viele Bewerberinnen und Bewerber: Über 11 000 junge Menschen möchten am 1. September 2020 ein Studium bei der Polizei NRW beginnen. 2 560 Kommissaranwärter werden ausgewählt und eingestellt – auch das ist ein neuer Rekord, der nicht zuletzt auf die über Jahre von der GdP geforderte Erhöhung der Einstellungszahlen zurückzuführen ist. Bislang fand das Assessment-Center dezentral in den zehn Einstel-

lungs- und Ausbildungsbehörden statt. Das neuentwickelte und am 14. April gestartete Auswahlverfahren zeichnet sich durch eine Zentralisierung in der Liegenschaft des LAFP Münster aus. Hier stellen Schleusen, Absperungen, fahrbare Plexiglaswände und ausreichender Abstand den Gesundheitsschutz der Mitarbeiter und Bewerber sicher. Zudem stehen zwanzig 65 Quadratmetergroße Prüfungsräume zur Verfügung.

Nach ihrer Ankunft werden die Bewerber in kleinen Gruppen zum Werbe-Truck der Polizei NRW geleitet. Auf dem Boden angebrachte Markierungen garantieren die Mindestabstände. Im Truck gibt es für jeden Bewerber einen Mund-Nasen-Schutz sowie eine Einweisung in die Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen. Nach gründlicher Desinfektion der Hände geht es weiter in die Aula, in der das Auswahlverfahren am ersten Tag mit einem computergestützten Test beginnt.

Auch hier wurden coronabedingte Vorkehrungen getroffen: Blaue Absperrwände trennen die Teilnehmer voneinander und stellen eine ausreichende Distanz zum Nachbarn sicher. Parallel arbeitet das LAFP mit Hochdruck daran, weitere 40 Kolleginnen und Kollegen für die Auswahlkommission fortzubilden, um das Auswahlverfahren zu beschleunigen. Flankiert werden die Maßnahmen durch Live-Sprechstunden im Netz und Beratungen über Messenger-Dienste. Durch die engagierte Leistung der Kolleginnen und Kollegen des LAFP konnte innerhalb kürzester Zeit ein gänzlich neuer Ablauf des Auswahlverfahrens realisiert und so die Neueinstellungen 2020 gesichert werden. ■





Rainer Peltz übergibt Staffelstab

Mehr als sechs Jahre war Rainer Peltz (60) Vorsitzender des Polizei-Hauptpersonalrates (PHPR) und damit die Speerspitze der Personalvertretung der Polizei im Innenministerium. Am 29. Juni, kurz nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe, ist er wegen seiner in diesem Jahr bevorstehenden Pensionierung von dieser Funktion zurückgetreten. Neuer PHPR-Vorsitzender soll Markus Robert (53) werden, der designierte Spitzenkandidat der GdP für die nächste Personalratswahl.

In die Amtszeit von Rainer Peltz als PHPR-Vorsitzender sind viele politische Entscheidungen gefallen, die die Arbeit der Polizei noch lange prägen werden. Von der Durchsetzung höherer Einstellungszahlen bis zur Verhinderung eines PDU-Erlasses, mit dem ein Großteil der nur eingeschränkt verwendungsfähigen Kolleginnen und Kollegen aus dem Polizeidienst gedrängt werden sollten. Auch die von der GdP gegen

heftige Widerstände durchgesetzten Verbesserungen bei der AZVOPol, mit der die Möglichkeit alternativer Schichtdienstpläne geschaffen wurde, die Abschaffung der Blutprobenentnahme zur Überprüfung der Kraftfahrzeugtauglichkeit für Polizistinnen und Polizisten und der am Ende erfolgreiche Kampf gegen die Kennzeichnungspflicht für die BPH fielen in seine Zeit als PHPR-Vorsitzender. Und zuletzt die Aufarbeitung des Missbrauchsskandals in Lügde und die Bewältigung der Corona-Krise.

Rainer Peltz ist im Oktober 1977 in die Polizei eingetreten und war lange Zeit im Wach- und Wechseldienst tätig, zuletzt als DGL, bevor er zum freigestellten Personalratsmitglied gewählt wurde. Seine dienstliche Heimatbehörde ist bis heute der Ennepe-Ruhr-Kreis, wo die GdP unter seinem Vorsitz dreimal hintereinander, 2004, 2008 und 2012, alle Sitze des örtlichen Personalrats geholt hat. Auch bei der Personalrats-

wahl 2016 ist der GdP das erneut gelungen. Auf Grund seiner tiefen Fachkenntnisse und gründlichen Einarbeitung in schwierige Themen war Rainer Peltz ein geschätzter Ansprechpartner für die örtlichen Personalräte und wichtiger Verhandlungspartner für das Ministerium. Für viele GdP-Mitglieder war er aber vor allem der Herr der Zahlen, Daten und Fakten, der mit seinen Power-Point-Präsentationen die Zuhörer in seinen Bann zog. Wer ihn fragt, was von den vielen Jahren als aktives Vorstandsmitglied im GVS, im Bezirk Arnsberg und in der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr bleibt, hört vor allem einen Satz: „Ich weiß, wo meine Wurzeln sind, und dies habe und werde ich nie vergessen.“

Ende Oktober geht Rainer Peltz nach 43 Jahren im Polizeidienst in den wohlverdienten Ruhestand. Dann wird er auch seine Funktion als stellvertretender Landesvorsitzender aufgeben. ■

Wie sicher ist NRW?

Schon seit Jahren kritisieren Fachleute die mangelnde Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Sie gibt kein vollständiges Bild der Inneren Sicherheit wider, das Dunkelfeld bleibt unberücksichtigt und zum Teil werden Delikte erfasst, die bereits in den Vorjahren begangen worden sind – so lauten die wichtigsten, auch von der GdP immer wieder angeführten Kritikpunkte. Mit zwei Initiativen will die SPD-Landtagsfraktion das jetzt ändern. Mit dem Antrag „Klarheit über die Kriminalitätsentwicklung schaffen – Nordrhein-Westfalen braucht einen periodischen Sicherheitsbericht“ (Drs. 17/9363) und mit der großen Anfrage „Wie ist die Lage bei der Polizei und innerer Sicherheit in Nordrhein-Westfalen?“ (Drs. 17/9453)

Die SPD will erreichen, dass in Zukunft in einem in periodischen Abständen erscheinenden Sicherheitsbericht sämtliche Erkenntnisse erfasst werden, die für eine vorausschauende, zielgerichtete Kriminalpolitik wichtig sind. Die Sicherheitsbehörden und die Politik würden dadurch in weit-

aus besserem Maße als bisher in die Lage versetzt, Konzepte und konkrete Lösungen zur Kriminalitätsbekämpfung zu entwickeln. Zudem könnte der Bericht zur Versachlichung der Diskussion um die Innere Sicherheit beitragen, indem er der Verbreitung von Verschwörungstheorien, Falschmeldungen und Fake News den Boden entzieht.

Auch die GdP kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Letztmalig hatte der Bundesvorsitzende Oliver Malchow 2018 einen umfassenden jährlichen Sicherheitsbericht eingefordert, der alle kriminellen Handlungen erfasst, einschließlich des Dunkelfeldes – also auch der Straftaten, die nicht angezeigt werden – sowie der Vandalismus-Schäden und der Bagatelldelikte.

Auf der Bundesebene sind bereits in den Jahren 2006 und 2011 gemeinsame Sicherheitsberichte vom Innen- und Justizministerium herausgegeben worden. In den Berichten, die maßgeblich von Wissenschaftlern erstellt worden sind, wurde die Kriminalität in Deutschland umfassend dargestellt und analysiert. Berücksichtigung fanden dabei

sowohl die Polizeilichen Kriminalstatistiken als auch Strafrechtspflegestatistiken.

Die GdP hatte seinerzeit angeregt, die Berichte zu verstetigen und deren Herunterbrechen auf die Länderebene gefordert. In den Sicherheitsberichten sollte die Kriminalitätsentwicklung nicht nur anhand von Fallzahlen dokumentiert, sondern auch in den Kontext temporärer bzw. langfristiger Entwicklungen gestellt werden. Aktuelle Phänomene und Trends würden so genauso ihren Niederschlag finden wie langfristige Entwicklungen. So könnten auch Langzeitauswertungen unabhängig von den – in der Vergangenheit häufig veränderten – Rahmenbedingungen, für die statistische Erfassung für die PKS festlegt, vorgenommen werden.

Von großer Bedeutung ist eine solche valide Auswertung auch, weil sie für viele politische Entscheidungen als Grundlage herangezogen werden kann. Nicht zuletzt die Belastungsbezogene Kräfteverteilung in der Polizei (BKV) basiert auf den Kriminalitätszahlen aus den Vorjahren. Gerade hier zeigt



sich oft, wie unzureichend die Aussagekraft dieser Zahlen für die tatsächliche Belastung der Polizei ist.

Neben dem Antrag zur Erstellung eines Periodischen Sicherheitsberichts hat die SPD-Fraktion auch eine große Anfrage zur Lage der Polizei und der Inneren Sicherheit in NRW gestellt. Der mehr als 200 (!) Fragen

umfassende Katalog zur Kriminalstatistik der letzten zehn Jahre, reicht von den einzelnen Deliktsfeldern über Fragen zu Täterprofilen und zur Aufklärungsquote bis zu einem Überblick der zur Anklage gekommenen Fälle. Zur Situation der Polizei, wie z.B. Gesamtstärke und Verteilung der Polizeikräfte, Arbeitsbelastung, Aus- und Fortbildung so-

wie Gewalt gegen Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte wird ebenfalls eine große Zahl von Fragen gestellt. Zusammenfassend kann man den Eindruck gewinnen, dass die SPD mit ihrer Anfrage zumindest eine abgespeckte Form des Sicherheitsberichts erhalten möchte. Auf die Beantwortung darf man gespannt sein. ■

Die GdP trauert um ihren ehemaligen Landesvorsitzenden Werner Swienty

Mehr als 20 Jahre hat Werner Swienty (74), der als 17-Jähriger in den Polizeidienst des Landes NRW eingetreten war, erst als Einsatzführer im Wach- und Wechseldienst dann als Zugführer in der Einsatzhundertschaft gearbeitet, bevor er 1978 in seiner Heimatbehörde, dem Polizeipräsidium Essen, in den Personalrat gewählt wurde. 1984 wechselte er in den damals noch bestehenden Polizei-Bezirkspersonalrat in Düsseldorf, bevor er 1993 zum Vorsitzenden des Polizei-Hauptpersonalrats gewählt wurde. Nur vier Jahre später wurde Werner Swienty zum Landesvorsitzenden der GdP gewählt, was er bis zu seiner Pensionierung im Herbst 2005 blieb.

Die acht Jahre zwischen 1997 und 2005, in denen Werner Swienty an der Spitze des Landesbezirks NRW gestanden hat, waren schwierige, für die GdP am Ende trotzdem erfolgreiche Jahre. Schon zu Beginn der 1990er Jahre hatte die damalige rot-grüne Landesregierung den gesamten öffentlichen Dienst einem rigorosen Spardiktat unterworfen. Auch in der Polizei wurden massiv Stellen abgebaut und Sachmittel zusammengestrichen. 2003 wurde die wöchentliche Arbeitszeit der Polizistinnen und Polizisten auf 41 Stunden erhöht. Nur ein Jahr später wurde die Zahl der Neueinstellungen von 1090 auf nur noch 500 Stellen reduziert.

Immer wieder hat die GdP in den Jahren, in denen Werner Swienty an ihrer Spitze stand, ihre Mitglieder zu Protestaktionen auf die Straße gerufen. Einer der Höhepunkte war die im Herbst 2002 gestartete Aktion 5000 Plus. Und das Kienbaum-Gutachten zur Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn wurde auf den Weg gebracht. Auch wenn sich die Erfolge der Protestaktionen erst in den folgenden Jahren einstellen sollten, hat Werner Swienty in seiner Zeit als Landesvorsitzender die Grundlagen dafür gelegt, dass die Polizei heute von der Politik wieder die Unterstützung erhält, die sie verdient hat. Werner Swienty ist am 9. Juni nach langer Krankheit gestorben. ■



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 9.7. Elisabeth Schindler, Lünen
- 18.7. Erna Boschanski, Datteln
Heinz Janello, Köln
- 20.7. Heinrich Flössel, Rotenburg
- 30.7. Helmut Külsen, Königswinter

91. Geburtstag

- 15.7. Franz Düker, Dortmund
- 22.7. Theresia Schneider, Münster

92. Geburtstag

- 3.7. Helga Grigutsch, Wuppertal
- 17.7. Hannelore Fischer, Wuppertal
- 21.7. Harry Kosuch, Düren
- 25.7. Adda Kunzmann, Buchloe

93. Geburtstag

- 2.7. Wolfgang Krisch, Berlin
- 9.7. Erika Stehl, Linnich
- 29.7. Maria Anna Montag, Bonn

94. Geburtstag

- 26.7. Hildegard Skiba, Bottrop

95. Geburtstag

- 13.7. Walter Simon, Bochum
- 16.7. Walter Schorn, Wassenberg
- 27.7. Herbert Grebenstein, Essen

96. Geburtstag

- 1.7. Ludwig Reinartz, Stolberg
- 19.7. Elfriede Weßel, Rheinberg
- 20.7. Anneliese Link, Mönchengladbach
- 25.7. Hildegard Ellinghaus, Alfter

97. Geburtstag

- 19.7. Karl Noch, Moers

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

**Redaktionsschluss der
August-Ausgabe ist der 8. Juli.**



Vertrauensleute – der direkte Draht zu den Mitgliedern

Fragen im Job, Probleme mit den Vorgesetzten oder einfach mal zuhören – die Vertrauensleute der GdP sind in vielerlei Weise für ihre Kolleginnen und Kollegen da. Und sie sind für die GdP ein wichtiges Bindeglied, um den Kontakt zur Basis zu halten und eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit zu gewährleisten.

Die Broschüre „Der direkte Draht“ vermittelt einen Überblick über die Arbeit der Vertrauensleute. Und sie zeigt allen, die selber als Vertrauensleute aktiv werden wollen, welche Aufgaben und Erwartungen dabei auf sie zukommen, und wie

sie in ihrer Arbeit von der GdP unterstützt werden.

Die Broschüre „Der Direkte Draht“ gibt es bei den Kreisgruppen vor Ort und zum Download auf der Homepage des Landesbezirks. ■



www.gdp-nrw.de
(Pfad: Aktuelles, Broschüren)



Anzeige

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort,
um **gesund** zu werden!

klinik wersbach

Klinik für Psychosomatik,
Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele

Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner

Deutsche Sporthochschule Köln
German Sport University Cologne

HOCHSCHULE FRESENIUS
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Wir sind für Sie da!

Tel.: (0 21 74) 398-0

www.klinik-wersbach.de

Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Juli erhalten
einen Douglas Gutschein
im Wert von 35,00 Euro.

45 10125, Essen/Mülheim
45 18668, Recklinghausen
45 18413, Münster

Erster Videokurs online

Zu wenig Schlaf, Vitaminmangel, Viren und Bakterien – Unser Immunsystem steht ständig vor großen Herausforderungen, aber „wer sich gesund ernährt, hilft dem Körper im Kampf gegen Infektionen“, erklärt Trainerin für Sport- und Ernährung und Gesundheitsberaterin Anke Grashaus. Seit einigen Jahren ist sie bereits als Referentin für die GdP tätig und feiert nun mit einem neuen Video-Format des Landesbezirks eine besondere Premiere. Durch die corona-bedingten Absagen aller GdP-Seminare bis Mitte August ist ihr Vortrag zum Thema „Immunsystem – die Polizei in unserem Körper“ auf den Social-Media-Kanälen abrufbar. ■

In dem 45-minütigen Videokurs erklärt Anke Grashaus die Funktionen unseres Immunsystems und wie wir uns durch gesunde Ernährung vor Infektionen schützen können. Zukünftig werden regelmäßig Videokurse und Webinare auf den Kanälen der GdP angeboten.



Neustart Mitte August

Noch ist die Corona-Krise nicht überwunden, aber durch die Lockerung des strikten Lockdowns sind ab Mitte August auch erste GdP-Seminare wieder möglich. Aktuelle Informationen zu allen Seminaren, die wieder stattfinden können, stehen auf der Homepage des Landesbezirks.



www.gdp-nrw.de

Nachrufe

Otto Faßbinder	29.03.1921	Aachen	Hans Günter Kuhn	15.11.1948	Innenministerium NRW
Wilhelm Kaluza	12.05.1937	Aachen	Günter Borchert	18.03.1934	Köln
Rudi Wuttke	20.10.1928	Aachen	Gisela Linnartz	27.10.1927	Köln
Bernhard Mertens	22.08.1950	Bonn	Jürgen Wagner	22.08.1960	Köln
Johann Roth	28.03.1928	Bonn	Horst Loewke	30.07.1926	LZPD NRW
Reinhard Trosshardt	10.05.1952	BZ Carl Severing	Werner Vogel	29.07.1935	Mettmann
Helmut Stellmach	16.05.1937	BZ Erich Klausener	Klaus Arning	18.07.1939	Münster
Reinhold Anderßon	22. 2.1936	Dortmund	Melanie Doyen	04.08.1975	Neuss
Siegfried Meitza	17.02.1935	Dortmund	Andreas Appelbaum	07.08.1965	Paderborn
Elisabeth Ahrendt	08.07.1923	Duisburg	Rainer Schmitz	05.08.1941	Paderborn
Hans-Hermann Dickmann	06.06.1949	Duisburg	Mike Kieß	06.09.1962	Siegburg
Manfred Matejit	27.07.1937	Düren	Günther Kühnbach	09.11.1956	Siegburg
Werner Swienty	18.08.1945	Essen/Mülheim	Günter von der Heiden	14.06.1931	Siegburg
Wilfried Pfeiffer	24.05.1944	Gelsenkirchen	Heinz Greven	24.05.1939	Viersen
Helga Feike	18.04.1939	Hamm	Rudolf Hoffmann	17.09.1926	Wesel
Gertrud Houben	21.10.1920	Heinsberg			